

Gelder veruntreut bei der Bürgerinitiative

Ehemaliges Mitglied teilte Vorstand Fehlverhalten mit

WMZ 08.09.10
Lünen. Im Rahmen einer Mitgliederversammlung hat die Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk nicht nur Zuversicht bezüglich ihrer Bemühungen gegen den Trianel-Kraftwerksbau geäußert, sondern die Gelegenheit genutzt, um mit einer unangenehmen Episode ihres Vereinslebens an die Öffentlichkeit zu treten: Ein Vereinsmitglied hat Gelder veruntreut. Die Person gehört dem Verein inzwischen nicht mehr an.

Peter Nichau, stellvertretender Vorsitzender der Initiative, erklärte den Fall im Gespräch mit unserer Zeitung. Die Person, welche die Finanzen betreut hatte, sei auf den Vorstand zugegangen und habe mitgeteilt, dass der Bestand der Kasse nicht ordnungsgemäß sei. Die betreffende Person habe aus einer persönlichen Notsituation heraus gehandelt.

Da diese Person selbstständig ihr Fehlverhalten eingeräumt habe, seien in der Bürgerinitiative intern Konsequenzen gezogen worden. Was die Wiederherstellung der Rechtmäßigkeit der Kasse angehe, habe man sich dann rechtlichen Beistand geholt. „Es waren keine Spenden von Bürgern betroffen“, so Nichau. Der verbleibende Vorstand habe im Vorfeld der Mitgliederversammlung dafür gesorgt, dass finanzielle Schäden von der Bürgerinitiative abgewendet werden. „Es bestand zu keiner Zeit die

Gefahr der Überschuldung oder der Zahlungsunfähigkeit der BI KKK“, heißt es dazu in einer Erklärung des Vorsitzenden Thomas Matthée und Peter Nichaus. Letzterer betonte, dass alle enttäuscht und betroffen gewesen seien.

Dem Kern des alten Vorstandes sprachen die Mitglieder im Rahmen der Versammlung später das Vertrauen aus. Neu in den Vorstand gewählt wurde Volker Hendrix als stellvertretender Vorsitzender. Dem Vorstand gehören ferner an: Vorsitzender Thomas Matthée, die weiteren stellvertretenden Vorsitzenden Ingrid Kersebohm und Peter Nichau, Schriftführerin Renate Schulze-Matthée und Kassierer Joachim Wilmes.

Die Bürgerinitiative bedankte sich bei der Bevölkerung für das entgegengebrachte Vertrauen, verband dies aber mit der Bitte um weitere finanzielle sowie personelle Unterstützung, da noch kostenintensive und aufwändige Gerichtsverhandlungen folgen werden und Gutachten erstellt werden müssten. Jede Spende werde dringend benötigt.

Grundsätzlich zeigte sich die BI sehr optimistisch, dass der Europäische Gerichtshof dem Bund für Umwelt und Naturschutz ein Klagerecht zusprechen wird. Die BI wolle den BUND auch zukünftig bei den zu erwartenden weiteren Klagen mit Aktionen sowie finanziell unterstützen. os